

18. November 2023



Beschluss der Kreismitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin-Mitte

Öko wie Ökonomie - Mitte(n) in Berlin

Berlin ist für Unternehmen aus verschiedenen Branchen ein attraktiver Wirtschaftsstandort mitten in Europa. Unser Bezirk vereint vieles von dem, was sie in unsere Stadt lockt: Start-Up Hubs für innovative und auch nachhaltige Gründungen; die Nähe zu Politik, Verbänden und einer exzellenten Hochschullandschaft; ein starkes öffentliches Verkehrsangebot; Kunst- und Kultureinrichtungen, eine vielfältige Gastronomie sowie Grünanlagen und lebenswerte Kieze als Rückzugsorte.

Und unser Bezirk hat nicht nur eine große industrielle Vergangenheit in vergangenen Jahrhunderten. Berlin-Mitte hat auch eine industrielle Gegenwart. 2021 wurde hier berlinweit mit 8,5 Milliarden Euro in über 100 Produktionsstätten der höchste Industrieumsatz aller Bezirke generiert.

Bekannte Unternehmensnamen wie AVM mit seiner FRITZ!Box und Bayer am Schering-Standort haben hier Produktionsstätten und sind Brötchengeberinnen für viele Beschäftigte aus Berlin und Brandenburg etwa im Maschinenbau, Holz, Papier, Druck, Pharma, Chemie, Optronik und IT.

Dieser attraktive Mix hat auch eine Schattenseite: Flächenknappheit. Wir erleben Verdrängung in alle Richtungen. Die Grünfläche konkurriert mit neuen Wohnungen, Wohnraum mit Flächen für Schulen und Kitas, diese wiederum mit Gewerbe- oder Industrieflächen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin-Mitte unterstützt daher die bezirkliche Wirtschaftsförderung unserer Bürgermeisterin Stefanie Remlinger zur Sicherung von bezahlbaren Gewerbeflächen. So wirken wir der Verdrängung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), vor allem aus dem Handwerk, entgegen und rücken der Vision der 15-Minuten-Stadt näher.

Mit ähnlichen Herausforderungen ringen auch andere Bezirke. Gleichzeitig bieten sich aber auch viele Chancen, Berlin durch eine vorausschauende und mutige Wirtschaftspolitik als modernen Standort neu zu gestalten. Vor diesem Hintergrund hat der Landesvorstand unter dem Titel "Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit" einen Leitantrag zur Landesdelegiertenkonferenz im Dezember 2023 eingebracht. Wir begrüßen den Entwurf und formulieren konstruktive Änderungsanträge, um die inhaltliche Debatte in wesentlichen Punkten unserer bündnisgrünen Programmatik voranzubringen. Daher beschließt der Kreisverband Berlin-Mitte die folgenden Änderungsanträge:

Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Ein Leben in Zufriedenheit und Wohlstand, im Einklang mit dem Planeten, ein guter Job und langfristig gesicherte gute Einkommen – all das wird nur gelingen, wenn wir jetzt den Mut haben, unsere Wirtschaft klimaneutral fit für die Zukunft zu machen und Menschen die notwendigen Mittel an die Hand geben, diesen Weg mit uns zu gehen.

Ob Dienstleister, Industrie oder Handwerk – um auch in Zukunft noch schwarze Zahlen zu schreiben, muss heute grün investiert werden. Weltweit sind wir längst in einem Wettbewerb um die besten Klimatechnologien, um neue Produktionsstätten und Jobs der Zukunft. China und die USA, aber auch Indien oder Japan haben große Investitionsprogramme aufgelegt **und Anreize für private Investitionen geschaffen**, um beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Batterieproduktion, bei Wasserstofftechnologie, grüner Stahlproduktion, bei E-Mobilität oder Wärmepumpen einen Vorsprung auf den Weltmärkten zu erarbeiten. Umso wichtiger ist es, deshalb jetzt an den richtigen Stellschrauben zu drehen, damit Berlin und Brandenburg dem Wettbewerb standhalten können, **Unternehmen nicht abwandern** und sich **neue** Unternehmen hier ansiedeln.

Es ist Zeit für eine aktive grüne Wirtschafts- und Industriepolitik, die nachhaltig und systemisch wirkt und dabei immer auch die ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten im Blick behält. Wir [wissen dabei] **schätzen die** vielen Gründer*innen und Unternehmer*innen an unserer Seite, die längst aktiv an der Klimaneutralität und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen arbeiten. **Sie tragen mit und in ihren Unternehmen Verantwortung für die Wertschöpfung in unserer Stadt.** Und auch Gewerkschaften fordern einen [radikalen] **raschen** ökologischen Umbau **der sozialen Marktwirtschaft**, um Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern und neue entstehen zu lassen. Das, was die Stadt Berlin dafür tun kann, muss nun beherzt angepackt werden; sei es bei der Wärmewende, beim Schaffen von Orten für kleine und mittelständische Unternehmen, **bei Anreizen für private Investitionen**, bei der Durchsetzung der Tariftreue, bei der Unterstützung klimaneutraler **sowie klimaschonender** Ansiedlungen hier in Berlin oder in dem wir Dienstleistungsberufe endlich deutlich aufwerten.

Wir wollen eine aktive, grüne Industriepolitik, die [Ansiedlungen von Unternehmen, die ökologisch und sozial handeln, befördert sowie] **auch** ansässige Werke und Unternehmen dabei unterstützt, klimaneutral zu werden. Wir wollen, dass Berlin die neuen **Wachstumschancen** nutzt, die der Bund **durch unseren Wirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck** eröffnet: seien es die neuen Förderrichtlinien bei der GRW (Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung) oder die neuen Klimaschutzverträge. [Wir unterstützen auch die Forderung nach einem Brückenstrompreis.]

Die Ansiedlung von Unternehmen mit zukunftsweisenden Technologien bietet die Chance auf eine hohe Anzahl von Arbeitsplätzen in Berlin und Brandenburg. Doch die Transformation kann vollständig nur gelingen, wenn soziale und ökologische Errungenschaften sowie betriebliche Mitbestimmungsrechte auch zukünftig gewahrt und ausgebaut werden. Die Menschen im Handwerk, im Dienstleistungssektor oder der Industrie, deren Berufe oft ein Höchstmaß an körperlichem Einsatz und Verzicht auf persönliche Flexibilität erfordern, müssen vom Wirtschaftswandel profitieren. Politik, Unternehmen und Gewerkschaften und

Unternehmen müssen eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Es sind vor allem die Menschen, die Berlin so attraktiv für Unternehmensansiedlungen machen. Und längst sind die vermeintlich weichen Themen zu harten Standortfaktoren geworden: bezahlbare Mieten, gute Kitas, Schulen, Hochschulen, Orte der Naherholung, soziale und grüne Infrastruktur, Gesundheitsinfrastruktur, kulturelle Angebote und eine internationale Willkommenskultur. Wer dem gerecht werden will, muss den Weg weitergehen, den ^[rot-grün-rot]**wir ab 2016 in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe** mit dem Jahrzehnt der Investitionen begonnen ^[hat]**haben.**^[, und]**So können wir** Berlin weiter zu einer lebenswerten, prosperierenden und klimaneutralen Metropole umbauen.

Damit dies schnell umgesetzt werden kann, braucht Berlin eine funktionierende Verwaltung mit schnelleren Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und digitalen Verwaltungsprozessen. Das Behörden-Pingpong muss durch eine grundsätzliche Reform der Berliner Verwaltung beendet werden. Wir begrüßen, dass der Regierende Bürgermeister das Thema zur Chefsache erklärt hat und stehen als Grüne **in den Bezirken und als konstruktive Opposition im Land** bereit, an einem Gelingen der Reformen mitzuarbeiten.

Die Politik muss den Rahmen für die Transformation setzen, **wettbewerbliche Anreize für Unternehmen schaffen** und dabei konsequent die sozialen Folgen beachten: Der CO2-Preis muss mit einem Klimageld verbunden werden, die Verkehrswende muss so ausgestaltet werden, dass sie für alle mehr Sicherheit und Komfort bedeutet, die energetische Sanierung der Wohnung muss den Mieter*innen zugutekommen und die Wärmewende muss zur BürgerWärmeWende werden. Nur wer beides zusammenbringt, **Unternehmen und Gewerkschaften als gleichwertige Partner sieht**, nur wer grün und gerecht gleichzeitig handelt, wird der Aufgabe Berlin zukunftssicher umzubauen auch gerecht.

1. Wirtschaft braucht Bündnisse und Fachkräfte

ALT:

Wir wollen dafür sorgen, dass alle Unternehmen die Mitbestimmung der Belegschaft ermöglichen und gute Löhne zahlen.

NEU:

Wir wollen dafür sorgen, dass alle Unternehmen die gesetzliche Mitbestimmung der Belegschaft ermöglichen und gute Löhne zahlen.

ALT:

Schlecht bezahlte Arbeit ist leider immer noch viel zu oft Frauensache und führt oft zu Altersarmut und finanzieller Abhängigkeit. Eine monetäre Benachteiligung bei gleicher bzw. gleichwertiger Tätigkeit aufgrund des Geschlechts darf es nicht mehr geben, weshalb wir nachdrücklich das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, die Regelungen des Entgelttransparenzgesetzes konsequent verbindlich und wirksamer zu machen, unterstützen.

NEU:

Schlecht bezahlte Arbeit trifft statistisch mehr Frauen als Männer und führt zu Altersarmut und finanzieller Abhängigkeit. Da Frauen häufiger geringfügig beschäftigt sind, wollen wir eine gezielte Unterstützung durch die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter. Der Übergang vom Minijob in eine reguläre Festanstellung muss oberste Priorität haben. Zudem sind Monitoring- und Kontrollmechanismen notwendig, um Ausbeutung und Diskriminierungen am Arbeitsplatz, vor allem im niederschweligen Bereich, arbeitsrechtlich zu bekämpfen.

Eine monetäre Benachteiligung bei gleicher bzw. gleichwertiger Tätigkeit aufgrund des Geschlechts (Gender-Pay-Gap) darf es nicht mehr geben. Deshalb wollen wir die Tarifbindung in Branchen, in denen vorwiegend Frauen arbeiten, ausweiten. Zudem unterstützen wir das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, die Regelungen des Entgelttransparenzgesetzes konsequent verbindlich und wirksamer zu machen.

ALT:

Jede Aufweichung von Arbeitszeit- und Arbeitsschutzregelungen lehnen wir ab.

NEU:

Jede Aufweichung von Arbeitszeit- und Arbeitsschutzregelungen lehnen wir ab.

Für Mitarbeitende sowie Bewerber*innen sind die Themen Diversität, Gerechtigkeit und Inklusion immer bedeutender. Gleichzeitig sind Teams, die hinsichtlich Alter, Geschlecht, Behinderung, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung heterogen sind, erwiesenermaßen erfolgreicher und nachhaltiger. Deshalb wollen wir Berliner Unternehmen unterstützen, Maßnahmen zur Stärkung einer diskriminierungsfreien Betriebskultur zu etablieren - ganz nach den Prinzipien der Charta der Vielfalt.

ALT:

Arbeitsverbote für Geflüchtete wiederum müssen abgeschafft werden.

NEU:

Arbeitsverbote für Geflüchtete wiederum müssen abgeschafft werden. In diesem Sinne fordern wir eine konsequente und effektive Implementierung der staatlich geförderten Maßnahmen rund um Beratungs- und Hilfestrukturen (z.B. Willkommenszentrum der SenAS-GIVA). Diese wollen wir bündeln, um die Potenziale des neu verabschiedeten Chancenaufenthalts- und Staatsangehörigkeitsgesetzes zu nutzen. So können wir die berufliche Teilhabe von Menschen, die bereits in der Berliner Stadtgesellschaft leben, fördern.

Ein weiteres großes Potenzial für den Berliner Arbeitsmarkt können wir durch die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen heben. Das setzt die richtigen Strukturen und Chancengleichheit voraus. Die Kapazitäten für Kitas und Schulen müssen ausgebaut und die Qualität in der Betreuung der Kinder kontinuierlich erhöht werden. Auch Angebote für Pflegebedürftige müssen erweitert werden, um Familien bei der Betreuung von Angehörigen zu entlasten.

Zudem setzen wir mit präventiven Maßnahmen auf die Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder ins Studium. Auch den Frauenanteil in Führungspositionen in Berliner Unternehmen wollen wir weiter erhöhen. Vor allem die Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten mit Frauen sollen die Zielvorgaben des Zweiten Führungspositionengesetz (FüPoG II) und des Landesgleichstellungsgesetz (LGG) erreichen.

2. Wirtschaft braucht Investitionen

ALT:

Im Land und in den Bezirken wollen wir Impulse für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft setzen. Es braucht einen aktiven Staat, der die Ansiedlung klimaneutraler Industrien erleichtert und Rahmenbedingungen schafft, um die Wirtschaft der Hauptstadt nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten.

NEU:

Im Land und in den Bezirken wollen wir Impulse für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft setzen. Es braucht einen aktiven Staat, der die Ansiedlung klimaneutraler Industrien erleichtert und Rahmenbedingungen schafft, sowie Anreize und Standortsicherheit für unternehmerische Investitionen, um die Wirtschaft der Hauptstadt nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten.

ALT:

Private Unternehmen stehen vor der Herausforderung, ihre eigenen Produktions- und Wertschöpfungsprozesse klimaneutral zu gestalten. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, die den Großteil der Berliner Wirtschaft ausmachen, brauchen gezielte Unterstützung, um Investitionen in klimaneutrale Anlagen durchzuführen. Die landeseigene Investitionsbank Berlin (IBB) muss deshalb zu einem starken Instrument der Transformation werden.

NEU:

Private Unternehmen tragen die Verantwortung für die Wertschöpfung in unserer Stadt. Unternehmer*innen vom Kleinstgewerbe im Kiez bis zur international agierenden Firma haben unsere Wertschätzung. Sie stehen täglich vor vielfältigen Herausforderungen, so auch ihre eigenen Produktions- und Wertschöpfungsprozesse klimaneutral zu gestalten. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, die den Großteil der Berliner Wirtschaft ausmachen, brauchen gezielte Unterstützung, um Investitionen in klimaneutrale Anlagen durchzuführen. Zugleich sind wir uns darüber bewusst, dass nicht alle Anlagen klimaneutral werden können. Die landeseigene Investitionsbank Berlin (IBB) muss zu einem starken Instrument der Transformation werden.

ALT:

*Dafür müssen wir die Verfahren bündeln, etwa nach Produktgruppen, und die Mitarbeiter*innen in die Lage versetzen, fundierte Entscheidungen nach sozialen und ökologischen Kriterien zu treffen.*

NEU:

Dafür müssen wir die Verfahren bündeln, etwa nach Produktgruppen, und die Mitarbeiter*innen in die Lage versetzen, fundierte Entscheidungen nach wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kriterien zu treffen.

ALT:

Wir wollen die Schuldenbremse abschaffen, um so Investitionen tätigen zu können und dem klimaneutralen Umbau auch sozial gerecht zu werden.

NEU:

Wir wollen die Schuldenbremse zeitgemäß gestalten, sodass die Tragfähigkeit der zukünftigen Zinslast gewährleistet ist, und zugleich die so dringenden Investitionen in den klimaneutralen Umbau zu ermöglichen und diesem auch sozial gerecht zu werden.

3. Wirtschaft braucht nachhaltige Ressourcen

ALT:

Solar wie auch Wind – schneller genehmigt und errichtet werden können und der Strom direkt vor Ort nutzbar ist.

NEU:

Solar, Wärmetauscher, Geothermie wie auch Wind – schneller genehmigt und errichtet werden können und der Strom direkt vor Ort nutzbar ist. Mit Einspeisung in Fernwärmenetze und lokale Nahwärmenetze können Gewerbegebiete so auch einen Beitrag zur Wärmewende im privaten Bereich leisten.

ALT:

Deshalb muss mit der Bauordnung auch der Abriss von Wohnungen und Häusern, wo immer möglich, vermieden werden und bei Neubauten nur noch mit wiederverwertbaren Materialien gearbeitet und zirkuläres Bauen zur Norm werden.

NEU:

Deshalb muss mit der Bauordnung auch der Abriss von Wohnungen und Häusern, wo immer möglich, vermieden werden und bei Neubauten nur noch mit wiederverwertbaren Materialien gearbeitet und zirkuläres Bauen zur Norm werden. Insbesondere im Neubau müssen Bauregeln eingeführt werden, die darauf setzen, dass der Gebäudebestand erst gar nicht abgerissen wird. Einfache und materialsparende Bauweisen, ebenso wie flexible Gebäudestrukturen, die unterschiedliche Nutzungen ermöglichen, führen zu geringeren Herstellungs- und Instandhaltungskosten und gewährleisten deutlich längere Lebenszyklen. Das spart Rohstoffe und Energie, verringert CO₂-Emissionen und führt zu preisgünstigen Mietshäusern.

5. Wirtschaft braucht Platz

ALT:

Landes- und bezirkseigene Gewerbegebiete in Berlin sollen konsequent klimaneutral ausgerichtet werden.

NEU:

Landes- und bezirkseigene Gewerbegebiete in Berlin sollen konsequent klimaneutral ausgerichtet werden.

Die bestehenden Gewerbegebiete Berlins müssen konsequent in vertikal integrierte, produktive, klimaangepasste Stadtquartiere transformiert werden: Mit der Stapelung von verschiedenen Gewerbetypen kann bereits versiegelter Boden mit einer höheren Flächeneffizienz ausgenutzt und die Transformation zu Formen nachhaltigen Wirtschaftens gefördert werden. Mit dem Umbau der Gewerbegebiete können Maßnahmen der Klimaanpassung vorgenommen werden, zum Beispiel um lokalen Hitzesinseln und Überschwemmungen vorzubeugen. Mit einer höheren Flächenausnutzung sind auch effizientere Formen des Wirtschaftsverkehrs zu etablieren, die die Dekarbonisierung des Verkehrssektors vorantreiben.

ALT:

Grundstücke für Gewerbe gemeinwohlorientiert – das heißt für uns auch die Förderung der Gründung von Gewerbehöfen in genossenschaftlichem Besitz.

NEU:

Grundstücke für Gewerbe gemeinwohlorientiert und nachhaltig entwickeln – das heißt für uns auch die Förderung der Gründung von Gewerbehöfen in genossenschaftlichem Besitz. Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung und um hohen Bodenpreisen zu begegnen, sind diese Gewerbehöfe grundsätzlich als gestapelte, hochverdichtete, produktive Stadtquartiere zu entwickeln.

Wirtschaft braucht Platz in Gebäuden, wie auf der Straße – der notwendige Wirtschaftsverkehr ist bei der Verkehrswende zwingend zu bedenken. Die Dekarbonisierung des Wirtschaftsverkehrs ist mit Förderung von Fahrzeugen, Ladeinfrastruktur, aber auch als Voraussetzung für die Ansiedlung oder die Vergabe von Flächen und Grundstücken zu beschleunigen. Die vorhandenen tri- und bimodalen Güterverkehrszentren sind dringend weiterzuentwickeln, um die Straßen zu entlasten. Zusätzlich braucht es dringend ein landesweites Konzept für emissionsfreie Mikromobilität im Wirtschaftsverkehr mit zentralen und dezentralen Mobility Hubs. Auch hier muss das Land Berlin als Vorbild voranschreiten und diese auf eigenen Flächen mit eigenen Gesellschaften realisieren – die BEHALA leistet schon jetzt eine Pionierarbeit, die weiter ausgebaut werden muss, auch andere landeseigene Gesellschaften müssen hier einen Beitrag leisten.

ALT:

Dafür brauchen wir endlich bezahlbare landeseigene Gewerbeflächen genauso wie eine Gewerbenietpreisbremse, einen verbindlichen Gewerbemietpiegel, besseren Kündigungsschutz und Milieuschutz für Gewerbe.

NEU:

Dafür brauchen wir endlich bezahlbare landeseigene Gewerbeflächen. Für Gewerbe, die einen Beitrag zur Transformation in eine soziale oder umweltschützende und klimaneutrale Wirtschaft leisten, sind sowohl Werkzeuge zur Stabilisierung und Minderung ihrer Mieten, als auch Maßnahmen für einen besseren Bestands- und Kündigungsschutz zu entwickeln.

Legende zur Präambel:

- **Neu**
- [gestrichen]